PROTOKOLL ÜBER DIE SITZUNG DES FINANZAUSSCHUSSES BÖSDORF

- öffentlicher Teil -

Sitzung: vom 11. Dezember 2012

im Gemeindebüro Kleinmeinsdorf

von 18:00 Uhr bis 19:35 Uhr (öffentlicher Teil) von 19:35 Uhr bis 19:42 Uhr (nichtöffentlicher Teil)

<u>Unterbrechung:</u> entfällt

Gesetzliche Mitgliederzahl: 7

Für diese Sitzung enthalten die Seiten 1 bis 5 Verhandlungsniederschriften und Beschlüsse mit den lfd. Nr. 1 bis 5.

Anwesend:

a) Stimmberechtigt:

GV Engelbert Unterhalt als Vorsitzender

GV'in Sabine Gardein

GV Hans-Hinrich Westphal

GV'in Katrin Wohler

BM Dr. Berthold Köster (ab 19:25 Uhr)

GV'in Heike Unterhalt -für BM Michael Landschof-

BM Alfred Stender (ab 18:35 Uhr)

b) nicht stimmberechtigt:

Protokollführer: Herr Mielke, Amt Großer Plöner See

BGM Joachim Schmidt, GV Georg Biss, GV Michael Böhm, GV'in Karin Liebig, GV Dieter Westphal, GV Joachim Claß (ab 18:45 Uhr), GV'in Bianca Sievers (ab 18:35 Uhr), GV Klaus Tschirschwitz (ab 18:25 Uhr), Frau Kirsten Splettstößer (Amtsverwaltung - ab 19:20 Uhr)

Es fehlten entschuldigt: BM Michael Landschof (Vertretung s. o.)

Die Mitglieder des Finanzausschusses Bösdorf waren durch Einladung vom 28.11.2012 zu Dienstag, 11. Dezember 2012 um 18:00 Uhr unter Mitteilung der Tagesordnung eingeladen worden.

Der Vorsitzende stellte bei Eröffnung der Sitzung fest, dass gegen die ordnungsgemäße Ladung keine Einwände erhoben wurden.

Der Ausschuss war nach Anzahl der erschienenen Mitglieder beschlussfähig.

Tag, Zeit und Ort der Sitzung waren öffentlich bekannt gegeben worden.

Tagesordnung:	(nach	Beschluss	fassung zi	ı TOP	1)
----------------------	-------	-----------	------------	-------	---	---

- 1. Beschluss über die Nichtöffentlichkeit von Tagesordnungspunkten
- 2. Niederschrift vom 15. November 2012
- 3. Anhebung der Realsteuerhebesätze ab 01.01.2013
- 4. Haushaltssatzung und Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2013
- 5. Anfragen

In	nichtöffentlicher	Sitzung:
----	-------------------	----------

6. Zwangsversteigerung

Nach Verlesung der Tagesordnung wurden folgende Einwände erhoben bzw. Ergänzungen und Dringlichkeitsanträge eingebracht:

keine

Die Verhandlungen fanden in öffentlicher/nichtöffentlicher Sitzung statt.

TOP 1

Beschluss über die Nichtöffentlichkeit von Tagesordnungspunkten

Der Tagesordnungspunkt 6 "Zwangsversteigerung" wird in nichtöffentlicher Sitzung beraten.

dafür: 5 dagegen: 0 Enthaltungen: 0

Bürgermeister Joachim Schmidt berichtet über den harmonischen Verlauf der Amtsausschusssitzung in Bredenbek.

Unter anderem teilt er mit, dass das Amt keine Klage gegen den Bescheid des Innenministeriums bezüglich der Ausamtung einreichen wird und in Kürze die Gespräche mit dem Amt bezüglich der Vermögensauseinandersetzung beginnen werden.

TOP 2

Niederschrift vom 15. November 2012

Gegen die Niederschrift vom 15. November 2012 werden keine Einwände erhoben.

TOP 3

Anhebung der Realsteuerhebesätze ab 01.01.2013

Der Hebesatz für Grundsteuer A wird von bisher 270 v. H. auf 290 v. H. angehoben. Der Hebesatz für Grundsteuer B wird von bisher 270 v. H. auf 290 v. H. angehoben. Der Hebesatz für Gewerbesteuer wird von bisher 310 v. H. auf 320 v. H. angehoben.

dafür: 5 dagegen: 0 Enthaltungen: 0

TOP 4

Haushaltssatzung und Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2012

GV Klaus Tschirschwitz nimmt ab 18:25 Uhr an der Sitzung teil. BM Alfred Stender und GV'in Bianca Sievers nehmen ab 18:35 Uhr an der Sitzung teil. GV Joachim Claß nimmt ab 18:45 Uhr an der Sitzung teil.

Aufgrund der angespannten Haushaltslage wird der Haushaltsplanentwurf intensiv durchgesprochen und nach Einspar- und Einnahmemöglichkeiten gesucht.

Der Gemeindevertretung wird nachstehender Beschluss empfohlen:

Dem/Der

- 1. Investitionsplan 2013
- 2. Finanzplan 2013
- 3. Haushaltsplan 2013
- 4. Haushaltssatzung 2013 mit den Hebesätzen Grundsteuer A 290 v. H., Grundsteuer B 290 v. H. und Gewerbesteuer 320 v. H.

wird – mit folgenden Änderungen – zugestimmt:

Verwaltungshaushalt:

Seite 3 – HHSt. 02000.500000 – Unterhaltungskosten Rathaus Der Ansatz wird von 200 € auf 100 € gesenkt.

Seite 3 – HHSt. 02000.570000 – Sachkosten für Partnerschaftsgemeinde Der Ansatz wird von 200 € auf 0 € gesenkt.

Seite 4 – HHSt. 03000.261000 – Säumniszuschläge, Stundungszinsen Der Ansatz wird von 300 € auf 500 € erhöht.

Seite 6 – HHSt. 13000.110000 – Gebühren für kostenpflichtige Einsätze Der Ansatz wird von 2.500 € auf 5.000 € erhöht.

Seite 6 – HHSt. 13000.520000 – Geräte und Ausrüstung FF Der Ansatz wird von 1.500 € auf 1.000 € gesenkt.

Seite 6 – HHSt. 13000.521000 – Dienstbekleidung FF Der Ansatz wird von 3.000 € auf 7.000 € erhöht.

Seite 6 – HHSt. 13000.562000 – Ausbildung, Verdienstausfall, Arztkosten Der Ansatz wird von 2.000 € auf 1.000 € gesenkt.

Seite 19 – HHSt. 47000.590000 – Seniorenbetreuung, Altersehrungen Der Ansatz wird von 2.500 € auf 2.200 € gesenkt.

Seite 33 – HHSt. 88100.110000 – Benutzungsgebühren Gemeindehaus Diese Haushaltsstelle wird nach folgendem Beschluss mit einem Ansatz von 500 € neu eingerichtet:

Beschluss:

Im Haushalt wird eine zusätzliche Haushaltsstelle für Benutzungsgebühren Gemeindehaus mit einem Ansatz von 500 € eingerichtet.

dafür: 4 dagegen: 1 Enthaltungen: 1

Durch die vorstehenden Ansatzänderungen verringert sich der Fehlbetrag des Verwaltungshaushaltes von 157.200 € auf 155.900 €.

BM Dr. Berthold Köster nimmt ab 19:25 Uhr an der Sitzung teil.

Vermögenshaushalt:

Im Vermögenshaushalt werden keine weiteren Änderungen vorgenommen.

dafür: 7 dagegen: 0 Enthaltungen: 0

Bei der Durchsicht des Haushaltes ergeben sich neben der Erhöhung der Steuerhebesätze nachstehende Ansatzpunkte für Einsparungsmöglichkeiten / Einnahmemöglichkeiten:

- Überprüfung des Fortbestandes des Spielplatzes in Börnsdorf durch AfGA
- Überprüfung gemeindlicher Telefon- und Handyverträge
- ggf. Mieterhöhungen
- Erhebung von Benutzungsgebühren für das Gemeindehaus (siehe vorstehenden Beschluss)

- Erhöhung der Hundesteuer (1. Hund von 50 € auf 65 €, ebenso für 2. und weitere Hunde) Die Verwaltung wird gebeten, zur nächsten Sitzung des Finanzausschusses eine entsprechende Vorlage und Satzungsänderung vorzulegen.
- Beratung über die Erhebung einer Zweitwohnungssteuer Die Verwaltung wird gebeten, bis zur nächsten Sitzung des Finanzausschusses eine Übersicht über mögliche Steuerpflichtige zu erstellen.
- Einführung einer Fremdenverkehrsabgabe Die Verwaltung wird gebeten, zur nächsten Sitzung des Finanzausschusses einen Vorschlag zu erarbeiten.

TOP 5 Anfragen

Es liegen keine Anfragen vor.

Fortsetzung erfolgt in nichtöffentlicher Sitzung; siehe hierzu gesondertes Protokoll.

VORSITZENDER

PROTOKOLLFÜHRER

Engelbert Unterhalt

Dirk Mielke

Anlagen zum Protokoll: